

Prinz Max von Baden. Erinnerungen und Dokumente [hrsg. v. Golo Mann et al.]

Autor(en): **Eichhorn, Werner**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **19 (1969)**

Heft 4

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Betonung der Kontinuität hat viel für sich. Sie setzt aber den Nachweis voraus, daß die Republik nicht improvisiert, die Verfassungswirklichkeit längst im Wandel und der Trend auf die parlamentarische Demokratie gerichtet war. Das klingt an, bleibt jedoch blaß. Der Verfall des Konstitutionalismus ist stärker akzentuiert als die Stufenfolge seiner Transformation. Die Bedeutung der Innenpolitik für den Kriegsverlauf wird im wesentlichen auf die Wirkungen der politisch-gesellschaftlichen Strukturschwächen konzentriert, während der direkte Einfluß konkreter Faktoren – die Interessenfächerung der Wirtschaft, der Bedeutungszuwachs der Parteien, das revolutionäre Potential, der systemverändernde Funktionswandel administrativer und parlamentarischer Institutionen – vergleichsweise im Schatten steht. Auch der hochambivalente Effekt, den antidemokratisch konzipierter, aber parlamentarisch instrumentierter Druck, den selbst die quasiplebiscitäre Popularität der dritten OHL, den schließlich die (jetzt von W.J. Mommsen unterstrichene) Macht der öffentlichen Meinung im Durchbruch zu Demokratie und Republik bewirken konnten, ist präziserer Prüfung wert. Dazu wären systematische Kapitel verfassungs-, sozial- und ideengeschichtlichen Inhalts erwünscht gewesen. Vor allem hätte es des Rückgriffs auf die Vorkriegszeit bedurft. Nur wenn sie ausfällt, muß die Stresemann-Mischung von Imperialismus und Reformismus modellwidrig oder wie Taktik wirken, muß die Energie «erstaunlich» (S. 458) sein, mit der die Nationalliberalen von 1917 zur Parlamentarisierung drängten. Indes nicht nur die Vorkriegszeit, die Innenpolitik überhaupt tritt untunlich zurück. Vier Fünftel des Textes gelten der außenpolitischen und militärischen Entwicklung. Das Register nennt mehr Generale als Parlamentarier, Industrielle, Publizisten und Professoren zusammen. In den Abschnitten zur Innenpolitik unterlaufen auch Unschärfen. Es gab keinen «Nationalausschuß für einen deutschen (!) Frieden» (S. 410) und keinen «Bund deutscher (!) Industrieller» (S. 184, 257). Was ist gemeint mit den «unheilvollen Konsequenzen der Zerstörung der Monarchie» (S. 681)? – Den Wert des Buches schmälert das kaum. Kielmansegg vermittelt zwischen Richtungen, zwischen Generationen. Er schreibt Vermittlungshistoriographie, im guten Sinne.

Frankfurt am Main

Hellmut Seier

Prinz Max von Baden. Erinnerungen und Dokumente. Hg. von GOLO MANN und ANDREAS BURCKHARDT. Stuttgart, Klett, 1968. 692 S., 1 Abb.

Nach rund 50 Jahren war es angebracht, die Ereignisse um die Beendigung des deutschen Kaiserreiches aus genügend zeitlichem Abstand neu zu überprüfen. *Prinz Max von Baden* hatte nur über einen Monat, vom 3. Oktober bis zum 9. November 1918, als Reichskanzler die Geschicke Deutschlands geleitet. Zwischen den Antipoden Monarchie und Arbeiterregierung war dem gemäßigten Prinzen eine Rolle zugefallen, die er vielleicht bei zeitiger Übernahme der Reichsverweserschaft noch geraume Zeit länger hätte erfüllen können.

Seinem badischen Landsmann *Friedrich Ebert* zutiefst geneigt, blieb er doch durch Herkunft und Verwandtschaft bestimmt, der monarchischen Staatsauffassung und traditionellen Denkweise weitgehend verbunden. Seine Mutter, Prinzessin Wilhelmine von Baden (1841–1914), geborene Herzogin von Leuchtenberg, war über ihre Mutter Enkelin des russischen Zaren Nikolaus I., während nach seiner Heirat im Jahre 1900 seine Gemahlin Luise (1879–1948), geborene Prinzessin von Hannover, über ihre Schwägerin, die Kaisertochter, die verwandtschaftlichen Bande mit dem deutschen Kaiser Wilhelm II. knüpfte.

So wird verständlich, daß *Max von Baden* in den heißen Wochen seiner Regierung grundsätzlich geneigt war, die monarchische Ordnung zu verteidigen. Was erklärt aber, daß der letzte Kanzler des Hohenzollernreiches stückweise seine Vorstellungen: monarchische Staatsform bei Durchführung demokratischer Reformen im Innern, aufkündigen mußte? Wie konnten sich in den letzten Tagen des «Weltkrieges», später: des «Ersten Weltkrieges», die Voraussetzungen so wesentlich verändern, daß sie *Golo Mann* in die Worte kleidete: «*Wie die Unglückstage sich aneinanderreiheten, verschob die Zielsetzung sich allmählich, von der Bewahrung des Thrones für Wilhelm II. zur Bewahrung des Thrones überhaupt, der geschichtlichen Kontinuität der Monarchie oder eines Restes der Monarchie, bei Abdankung des Kaisers, und eben durch sie. Mitte des Monats hoffte er (i.e. Max von Baden), unter Zweifeln, noch die Person retten zu können; in der letzten Oktoberwoche nur noch die Institution.*»

Ohne noch den vorgelegten Quellen in der Beurteilung vorgreifen zu wollen, dürfen wir doch zur Aussage Bedenken anmelden, die wertend meint: «*zu spät wurde ihm das Amt übertragen, um den unheilvollen Gang der Dinge noch aufhalten zu können.*» Liegt es doch unseres Erachtens nicht am «*zu spät*», sondern am Aufbruch einer neuen Zeit und eines neuen Denkens, so daß für Deutschland die Monarchie zu Ende sein mußte, gleichgültig wer Reichskanzler war, gleichgültig auch, wann dieser Reichskanzler sein Amt antreten konnte.

Auch die außenpolitische Lage ließ dem regierenden Kanzler wenig Spielraum. Die Lage an der Westfront im Oktober/November 1918 drängte unbedingt auf Verhandlungen, zumal die Kampfmoral der Truppen eher von den aus der Heimat zurückkehrenden Urlaubern, als vom eigentlichen Kriegsgeschehen beeinträchtigt war. Die Oberste Heeresleitung mußte vor allem auch aufgrund der Nachschublage die aussichtslose, auf Verhandlungen drängende, Lage erkennen. Während Kriegsminister *Scheüch* nur mit einem auf wenige Monate geschrumpften Ölvorrat und bei Aufgebot aller Kräfte für die nächsten zwei Jahre mit 600 000 Mann rechnen durfte, lieferten allein die Amerikaner, und dies trotz «*unbeschränktem U-Boot-Krieg*», Monat für Monat etwa 250 000 Mann mit allem erforderlichen Kriegsmaterial an die Westfront.

Als nach dem Manifest Kaiser Karls vom 17. Oktober und dem Waffenstillstandsangebot vom 27. Oktober Österreich als Verbündeter ausfällt, der

Kaiser 14 Tage später in die Schweiz geht, Völker der Monarchie Österreich-Ungarns ihre Selbständigkeit erklären und die reichsdeutschen Truppen der Österreicher unter anderem Südtirol räumen müssen, hat auch der Reichskanzler mit zusätzlicher Kampf­tätigkeit italienischer Truppen im Süden und Westen in hoffnungsloser Lage zu rechnen.

Der durch die 14 Punkte von *Wilson* zwar nicht buchstäblich geforderte, aber doch deutlich angesprochene Thronverzicht des deutschen Kaisers und des Kronprinzen, wird durch den Aufstand der Matrosen zu Kiel, die Ausbreitung der Revolution im Reich und die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten zum Dilemma für *Max von Baden*, das innenpolitisch zunächst auf die zugespitzte Formel gebracht werden kann: Gesamtwohl des Volkes oder Beibehaltung der dynastischen Struktur. Bald aber war auch diese Alternative nicht mehr gegeben: königstreue Truppen gehen auf die Seite der Revolutionäre, in Bayern wird die Dynastie der Wittelsbacher abgesetzt, während der König flieht. Der Herzog von Braunschweig entsagt dem Thron, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin nimmt die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrates an.

Betrachten wir die Revolutionsherde in Süddeutschland und im Rheinland sowie die Vertreter der neuen Regierung näher, so stellt sich die Frage, ob sich nicht auch das Volk, und dies vor allem in Süddeutschland, emotional dagegen auflehnte, daß ihm nach 1866 durch die Reichsverfassung aufgezwungen war, allein der König von Preußen könne deutscher Kaiser sein.

Das vorliegende Quellenwerk erhebt sich aus mehreren Gründen über die gewöhnliche Memoirenliteratur. Einmal bringt es von kompetenter Seite die Dokumente und Aufklärungen, die wir verlangen, um den Übergang vom Kaiserreich zur deutschen Republik verstehen zu können. Zu Beginn der rund einmonatigen Regierungszeit des Reichskanzlers war die Macht des Kaisers zwar nicht unangefochten, aber doch noch als mögliche Komponente ins politische Kalkül einzubeziehen. Um die zwölfte Stunde des 9. November 1918 aber, dem letzten Regierungstag, kurz vor der Amtsübergabe an *Friedrich Ebert* veröffentlicht das Wolffsche Telegraphenbüro in Berlin die Erklärung: *Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind.*

Wie sehr sich innerhalb von 24 Stunden die Situation im Reich geändert hatte, läßt sich an dem Wortspiel zwischen altem und neuem Reichskanzler ersehen: *Ebert und die übrigen Mitglieder der Abordnung wurden hereingerufen. Ich fragte ihn, ob er bereit sei, den Posten des Reichskanzlers anzunehmen. Ebert antwortete: «Es ist ein schweres Amt, aber ich werde es übernehmen.» Der Staatssekretär des Auswärtigen richtete alsdann die Frage an ihn: «Sind Sie bereit, die Regierung innerhalb der Verfassung zu führen?» Ebert bejahte. Solz fragte zum zweitenmal: «Auch innerhalb der monarchischen Verfassung?» Eberts Antwort war: «Gestern hätte ich diese Frage unbedingt bejaht, heute muß*

ich mich erst mit meinen Freunden beraten.» Hierauf erklärte ich: «Nun müssen wir die Regentschaftsfrage lösen.» Ebert antwortete: «Es ist zu spät.» Hinter ihm wiederholte der Chor seiner Parteigenossen: «Zu spät, zu spät.»

Zum andern stellt die Dokumentation eine Rechtfertigung des Alt-Reichskanzlers gegenüber den Angriffen dar, die ihn sowohl innenpolitisch wie auch außenpolitisch mit seltener Heftigkeit trafen und heute noch treffen. Acht Jahre lang, bis 1927, arbeitete *Prinz Max* zusammen mit *Kurt Hahn*, der ab 1919 die zu Salem gegründete Schule leitete, vor allem in Salem an der Fertigstellung des Quellenwerkes. Schon Ende 1918 hatte er vor der badischen Ersten Kammer, der er viele Jahre als Präsident vorstand, einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit in der Reichsregierung abgeben wollen, dann aber die geplante Rede in den «*Preußischen Jahrbüchern*» (Bd. 174, Dez. 1918) unter dem Titel «*Eine Kundgebung des Prinzen Max*» veröffentlicht.

Im politischen Umsturz und der einsetzenden Polemik zog es der Autor vor, sich zurückzuziehen und die vorliegende, umfangreiche Dokumentation zusammenzustellen, deren Ordnung und Gliederung der Heidelberger und später Münchner Professor *Hermann Oncken* (1869–1945) besorgte, der dann seiner politischen Einstellung wegen 1934 an der Universität Berlin emeritiert wurde.

Die gekürzte Neuausgabe überholt nicht die Erstausgabe, bringt hingegen eine Reihe neuer und interessanter Ergänzungen, was vor allem für die stoffreiche Einleitung «*Prinz Max von Baden und das Ende der Monarchie in Deutschland*» von *Golo^o Mann* und die biographischen Anmerkungen von S. 662–681 gilt. Doch wird der kritische Benutzer in Zukunft wohl kaum darauf verzichten können, die Ausgaben von 1927, 1928 und 1968 nebeneinander zu benutzen.

Freiburg

Werner Eichhorn

ERNST LAUBACH, *Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22*. Lübeck und Hamburg, Matthiesen Verlag, 1968. 344 S. (Historische Studien, Heft 402).

Seit den großen Zusammenfassungen der deutschen Außenpolitik in der Zeit der Weimarer Republik von Ludwig Zimmermann und Thilo Vogelsang sind bereits zehn Jahre vergangen. Es zeigte sich damals, daß noch viel Detailarbeit zu leisten ist. Laubach hat in seiner an der Marburger Philipps-Universität eingereichten Dissertation die Periode unter dem badischen Zentrumsminister Joseph Wirth untersucht, wobei das Schwergewicht auf der Außenpolitik liegt. Er stützte sich dabei auf eine breite archivalische Basis, ferner auf die bekannten gedruckten Quellen, die Memoiren sowie auf die wichtigsten deutschen Zeitungen und politischen Zeitschriften. Der Verfasser hat mit der Durchsicht von rund 40 Blättern eine gewaltige Leistung vollbracht, und dieses Einbeziehen der damaligen öffentlichen Meinung macht die Arbeit denn auch besonders wertvoll. In einem Anhang sind die Daten von rund 400